



# Das Berufsschulnetz zukunfts-fähig gestalten

Bildungsministerin Dr. Birgit Klaubert hatte zur Auftaktveranstaltung eingeladen

Auf Einladung der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Dr. Birgit Klaubert, fand am 4. März in Erfurt eine Auftaktveranstaltung für die Berufsschulnetzplanung statt. Eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter der Handwerkskammern, der Gewerkschaften, der Landes-schülerversammlung, der Landesel-ternvertretung, der Berufsschulen sowie der Berufsschullehrer und Kommunen.

Diese Auftaktveranstaltung ist der Beginn eines Prozesses, welcher mit verschiedenen Regionalkonferenzen dieses Jahr fortgesetzt werden soll. Ziel der Regionalkonferenzen soll eine einvernehmliche Einigung aller Beteiligten für ein zukunfts-fähiges Berufs-schulnetz für ganz Thüringen sein, welches auch die Fläche des Landes mit einbezieht und nicht nur auf die Schwerpunkte entlang der A4 setzt. Bis zum Schuljahr 2016/2017 soll diese neue Struktur in Kraft treten.

Zu Beginn der Veranstaltung stellte Ministerin Klaubert die momentane Situation in Thüringen vor. Seit 2001 hat sich die Anzahl der Berufsschülerinnen und Berufsschüler nahezu halbiert und liegt heute bei rund 42.000. Dieser Abwärtstrend wurde zwar gestoppt, doch wird in den kommenden Jahren kein signifikanter Anstieg erwartet. Hingegen ist die Anzahl der Berufsschulen von 58 nur auf 42 in den letzten fünfzehn Jahren gesunken. Fast ein Drittel aller Berufsschulklassen ist dabei unterfre-



quentiert besetzt. Allein diese Zahlen weisen schon auf den dringenden Handlungsbedarf hin.

Die eingeladenen Gäste äußerten ihre Erwartungen an die kommende Berufsschulnetzplanung. An erster Stelle stand bei allen Beteiligten, die Wohnortnähe bzw. die Erreichbarkeit. Denn gerade für jüngere Berufsschülerinnen und Berufsschüler ist eine weit entfernte Schule ein Hemmnis, den gewünschten Beruf zu ergreifen. Eine wohnortnahe Beschulung ließe sich z.B. durch das Zusammenfassen von Fachklassen umsetzen. Weiterhin wurde darauf aufmerksam gemacht, dass auch die technischen und personellen Ausstattung der Berufsschulen Berücksichtigung finden, um qualitativ hochwertige Ausbildungen zu gewährleisten. Außerdem wurde angeregt die Landesfachklassen gerecht zu vertei-

len und für die Ansiedlung länderübergreifender Fachklassen zu werben. Nicht zuletzt wurde der Wunsch geäußert, dass der entstehende Berufsschulnetzplan endlich für alle Beteiligten auch verlässlich sein soll.

Ich unterstütze das Vorhaben von Ministerin Klaubert vollkommen. Zum ersten Mal werden wirklich alle Betroffenen an einen Tisch geholt, um in Augenhöhe miteinander über die längst überfällige Neustrukturierung zu verhandeln. Der Ansatz der Ministerin, eine einvernehmliche Einigung aller Beteiligten zu erzielen, ist mehr als lobenswert. Ich denke, dass wir nur so ein verlässliches und zukunfts-fähiges Berufsschulnetz auf den Weg bringen können.

Kati Engel, Sprecherin für Ausbildung, Kinder und Jugend der Fraktion DIE LINKE

## KOMMENTIERT:

von Christian Schaft

### Drittmittelwerbung

Wie der MDR kürzlich berichtete, habe eine Umfrage unter den Universitäten in Thüringen ergeben, dass diese im vergangenen Jahr teilweise deutlich mehr Drittmittel erhalten haben als im Vorjahr. Allein die TU Ilmenau, die Uni Jena und die Bauhaus Universität Weimar bekamen zusammen über zehn Millionen Euro mehr. Drittmittel sind Gelder, die nicht zur Grundfinanzierung der Hochschulen durch die Länder gehören. Es handelt sich um Einnahmen, die z.B. von Unternehmen, Stiftungen oder seitens der EU meist projektgebunden zur Verfügung gestellt werden.

Die zukünftige Finanzierung der Hochschulen in Thüringen müssen wir so gestalten, dass hohe Drittmitteleinnahmen nicht weiter zum Credo guter Lehre und Forschung erklärt werden. Mit der anstehenden Diskussion über die Rahmenvereinbarung IV muss gemeinsam mit den Hochschulen und ihren Statusgruppen über konkrete Maßnahmen und finanzielle Möglichkeiten zur Verbesserung der Studienbedingungen, Beschäftigungsverhältnisse und weiterer Rahmenbedingungen beraten werden. Dazu muss die Grundfinanzierung durch das Land gestärkt werden, wie in der Hochschulstrategie vorgesehen. Zudem soll auch die Transparenz erhöht werden, um die Frage zu klären, wofür die Mittel aus der Wirtschaft konkret verwendet werden und um nachvollziehen zu können, wie hoch der Anteil an Mitteln aus den Programmen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Privatwirtschaft ist.

Eine Studie des Forschungsinstituts für Bildungssystem- und Sozialökonomie hatte zudem erst kürzlich belegt, dass Drittmittel zu Lasten der Lehre gehen. So schließen der Studie zufolge in Fachbereichen, die stark über Drittmittel finanziert werden, weniger Absolventinnen und Absolventen ihr Studium ab und auch der Anteil an Studierenden, die in Regelstudienzeit abschließen, ist geringer. Dies zeigt auch die TU Ilmenau exemplarisch: Dort wurden 2014 fast 47 Millionen Euro an Drittmitteln eingeworben. Die Zahl der BA-Studierenden, die in Regelstudienzeit abschlossen, lag hingegen bei weniger als sechs Prozent.

Christian Schaft ist hochschul- und wissenschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

## AKTUELL

# Gesetzentwurf zur Bildungsfreistellung

In der Sitzung des Thüringer Landeskabinetts am 3. März war ein Entwurf für ein Bildungsfreistellungsgesetz vorgelegt worden. Dazu erklärte Susanne Hennig-Wellsow, LINKE-Fraktionschefin im Landtag und Parteivorsitzende in Thüringen:

„Dieses Gesetz ist ein wichtiger Schritt bei der Ausgestaltung Thüringens als Ort für gute Arbeit und gute Bildung. Die rot-rot-grüne Landesregierung löst damit innerhalb der ersten 100 Tage ihrer Regierungszeit eine Zusage ein, die bereits zwei Vorgängerregierungen gemacht und gebrochen haben.“

„Mit der weitgehenden Sicherung des individuellen Rechtsanspruchs auf Bildungsfreistellung gehen wir ei-

ne wichtige Etappe hin zu einer Modernisierung des Thüringer Arbeitsmarktes“, unterstrich dazu auch der Bildungsexperte der Linksfraktion, Torsten Wolf.

„Die Beschäftigten in Thüringen mussten lange auf die Möglichkeit von Bildungsfreistellung warten, die in fast allen anderen Bundesländern seit Jahren gegeben ist. Rot-Rot-Grün beseitigt nun mit einem ausgewogenen Gesetz diesen Rückstand und tut damit etwas für die Attraktivität des Lebens- und Arbeitsortes Thüringen. Damit beweist die neue Landesregierung mehr Handlungsfähigkeit als die Vorgängerregierungen“, fügte die Fraktionsvorsitzende hinzu.

Auf ein Schreiben zum in den letzten Wochen bereits heftig diskutierten Bildungsfreistellungsgesetz, das der Vor-

standsvorsitzende der AWG „Rennsteig“ aus Suhl, Frank Brösicke, an alle Südhüringer Landtagsabgeordneten der LINKEN gerichtet hatte und in dem eine Reihe von Bedenken gegen ein solches Gesetz formulierte, haben für die Linksfraktion Ina Leukefeld, direktgewählte Abgeordnete des Wahlkreises 21 (Suhl-Zella-Mehlis-Oberhof) und arbeitspolitische Sprecherin, sowie der Abgeordnete Knut Korschewsky, Leiter des Arbeitskreises Wirtschaft und Wissenschaft, mit einem offenen Brief reagiert. Sie wiesen darin u.a. darauf hin, dass Thüringen zu den nur noch drei Bundesländern gehört, die nicht über ein solches Bildungsfreistellungsgesetz verfügen (der offene Brief auf den Internetseiten der Linksfraktion unter www.die-linke-thl.de - Pressemitteilungen).

## KURZ UND PRÄGNANT

### Verfassungsrechtliche Zweifel klären

Nachdem der Landtag am 27. Februar entschieden hatte, die Zulässigkeit des von der CDU beantragten Untersuchungsausschusses zum Aktenfund in Immelborn im Justizausschuss prüfen zu lassen, erklärte André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion: „Die Behauptung, dass Minderheitenrechte beschnitten werden sollen, weisen wir entschieden zurück. Wenn berechtigte verfassungsrechtliche Zweifel bestehen, muss es erlaubt sein, diese zu benennen und ihnen – wie gesetzlich vorgesehen – nachzugehen. Schließlich geht es auch um die Fragestellung, ob die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten weiterhin gewährleistet wird oder ob das Einsetzen eines Untersuchungsausschusses unzulässigen Einfluss auf dessen Amtsausübung nimmt.“ Dorothea Marx, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, hatte betont: „Natürlich nehmen wir Minderheitenrechte des Parlaments ernst. Diese stehen hier auch nicht infrage. Allerdings hegen wir große und verfassungsrechtlich durchaus begründete Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Antrags der CDU. In den Koalitionsfraktionen sind wir uns einig, die Prüfung des Ausschussantrags bis zum Märzplenar abschließen zu wollen.“ ■

### Absage an Pläne zur Datenspeicherung

„Die Grundrechtsverweigerer in der Bundesregierung sollten von ihren Plänen zur Vorratsdatenspeicherung schnellstens wieder Abstand nehmen“, forderte Katharina König, Sprecherin für Netzpolitik und Datenschutz der Linksfraktion, mit Blick auf Ambitionen, die Datensammlung auf Vorrat auch ohne neue EU-Richtlinie in Deutschland umzusetzen. „Hat man sich früher hinter der EU verstecken können, wird nun deutlich, dass es eigentlich die Sicherheitspopulisten in der Bundesregierung sind, die die systematische Massenüberwachung unbedingt wollen.“ DIE LINKE hat sich von Anfang an gegen die anlasslose Speicherung der Daten aller Bürger ausgesprochen. Sowohl das höchste Europäische Gericht als auch das Bundesverfassungsgericht hatten festgestellt, dass die Vorratsdatenspeicherung Grundrechte verletzt. „Die Europäische Kommission hat Abstand vom Vorhaben genommen, eine neue Richtlinie zu verabschieden. Es wird Zeit, dass auch die deutsche Regierung sich zu den Grundrechten bekennt und nicht immer wieder neue Angriffe darauf unternimmt.“ ■

# Unerträgliche und zynische Argumentation

Aus der von der AfD-Fraktion beantragten Landtagsdebatte zum Winterabschiebestopp

**In einer Aktuellen Stunde – sie war von der Fraktion der AfD beantragt worden – beschäftigte sich der Thüringer Landtag in seiner Sitzung am 25. Februar mit dem von der Thüringer Landesregierung erlassenen Winterabschiebestopp für Flüchtlinge.**

In der Begründung des Antrags machte der Vorsitzende der Fraktion „Alternative für Deutschland“, Björn Höcke, mit wahrheitswidrigen Behauptungen Stimmung gegen Flüchtlinge. Er sprach von „Asylantenzahlen“, die „einmalig in der Welt“ wären. Und weiter (aus dem Plenarprotokoll):

„Im Jahr 2014 haben 200.000 Menschen in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Noch nicht einmal 2 Prozent dieser Anträge wurden nach Artikel 16 a des Grundgesetzes positiv beschieden. Nur 10 Prozent der abgelehnten sind allerdings abgeschoben worden. Der Rest wird entweder geduldet oder hält sich illegal in Deutschland auf.“

*Zwischenruf Steffen Dittes, DIE LINKE: „Das ist schon eine Lüge!“*  
*Astrid Rothe-Beinlich, GRÜNE: „Kein Mensch ist illegal!“*

Dann griff Höcke den Ministerpräsidenten an, der gesagt hatte, er lehne sowohl eine Quote als auch eine Nützlichkeits-Debatte ab.

(Aus dem Protokoll) „Ich sage Ihnen, Herr Ministerpräsident Ramelow, wer Einwanderung ohne Nützlichkeitsprüfung zulässt,

*Astrid Rothe-Beinlich: „Sie sind ein Rassist, Herr Höcke!“*  
der verrät die Interessen des eigenen Landes.

*Frank Kuschel, DIE LINKE: „Hier spricht der neue ‚Führer‘ der neuen Rechten!“*

Am Ende wollte Höcke auch noch „betonen, der Winterabschiebestopp, Herr Ministerpräsident, ist nichts anderes als ein erster Schritt zur Umsetzung Ihrer Multikulti-Utopie namens „Buntes Thüringen“.

**„AfD unterschlägt mal fix Artikel 1 Abs. 1 Grundgesetz“**

Für die Linksfraktion ergriff in der Debatte die Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, Sabine Berninger, das Wort. Sie setzte sich mit der Behauptung der AfD auseinander, das Asylrecht und der von der Thüringer Landesregierung erlassene Abschiebestopp würden missbraucht, um Zuwanderung zu regeln, das Grundgesetz definiere Deutschland nicht als Zuwanderungsland, da es eindeutig auf den Begriff des deutschen Volkes setze.

Die LINKE-Politikerin betonte: „Bei dieser völkischen Argumentation unterschlägt die AfD mal fix Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar‘ und Artikel 3 Abs. 1 ‚Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich‘. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben aus guten Gründen nicht von der unantastbaren Würde nur der Deutschen geschrieben

und nicht festgelegt, nur alle Deutschen seien vor dem Gesetz gleich. Das aber passt natürlich nicht in ein nationalistisches Weltbild, ebenso wenig, dass die Bundesrepublik sich den Menschenrechtspakten der UN angeschlossen hat, dem Pakt über politische Rechte, dem Pakt über soziale Rechte, aber auch der Genfer Flüchtlingskonvention, und sich u.a. damit deutlich – und natürlich ist das für Verfechter der völkischen Ideologie schwer zu ertragen – zu Weltoffenheit und Zuwanderung bekannt hat.“

Zur von der AfD verbreiteten Rechtsauffassung, man könne keinesfalls die winterliche Kälte zu den humanitären Gründen rechnen, weil ja alle Menschen in dem Herkunftsland die winterliche Kälte ertragen müssten und jeder Staat hinreichend Möglichkeiten hätte, die Rückkehrer unterzubringen und dass es nicht ausgemacht sei, dass in allen betroffenen Staaten die Kälte lebensbedrohlich oder gesundheitsgefährdend sei, erklärte Sabine Berninger: „Was für eine unerträgliche und zynische Art, die Situation der geflüchteten Menschen schönzureden.“

**„Sie sind genauso schlimm wie Herr Höcke!“**

Unerträglich und zynisch, so Sabine Berninger weiter, „ihnen die Fluchtgründe wie zum Beispiel Diskriminierung als Minderheit abzusprechen, zu negieren, dass Menschen in Länder zurückkehren müssen, in denen sie kein Obdach haben, weil beispielsweise ihr Haus eingerissen oder enteignet wurde, oder wo sie, weil Ausgrenzung und Diskriminierung an der Tagesordnung sind, ohne Arbeitsplatz sind, kein Geld für Holz oder Kohlen verdienen dürfen oder um sich und ihre Kinder gut zu ernähren oder zu kleiden, und zwar, weil sie einer Minderheit angehören und der Staat sich zuerst um die Mehrheitsbevölkerung kümmert, wie das beispielsweise in den durch die Bundesregierung bestimmten sogenannten sicheren Herkunftsländern immer noch gang und gäbe ist.“

Der CDU-Abgeordneter Christian Herrgott sprang der AfD bei und sagte: „Eine der ersten Amtshandlungen der aktuellen Landesregierung war es, einen sogenannten Winterabschiebestopp zu beschließen. Diese Maßnahme war im Dezember falsch und ist heute noch genauso falsch wie damals.“ Die Landesregierung konstruiere „unter Zuhilfenahme des Klimas und des Wetters einen Grund, den Aufenthalt noch ein paar Monate zu verlängern. Das ist nicht im Sinne des Gesetzes.“ Als er dann noch mit den Temperaturen in Irak oder Afghanistan argumentierte, „mittleres Temperaturmaximum 40,2 Grad Celsius“, rief ihm Sabine Berninger zu: „Sie sind genauso schlimm wie Herr Höcke!“ ■

## „Lesertreffen“ der rechtsextremen „Zuerst“ im Bio Seehotel Zeulenroda

**Nach Erkenntnissen der Linksfraktion fand kürzlich im Bio Seehotel Zeulenroda das diesjährige „Lesertreffen“ der rechtsextremen Zeitschrift „Zuerst!“ statt. Konspirativ war die Veranstaltung seit Wochen für den Raum Sachsen-Anhalt/Thüringen beworben worden. Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus, sagte:**

„Thüringen hat sich in den letzten Jahren zur Wohlfühl-Zone für Neonazi-Veranstaltungen entwickelt. Das 'Lesertreffen' der 'Zuerst!' ist eine der wichtigsten Tagungen des deutschen Rechtsextremismus.“

Als offizieller Veranstalter trat der 1992 auf Initiative des langjährigen rechtsextremen Aktivisten und Verleger Dietmar Munier gegründete „Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ auf. Munier ist auch Herausgeber der Zeitschrift „Zuerst!“, die 2010 das Erbe des Traditionsblattes des deutschen Neonazismus („Nation & Europa“) übernommen hat. Jährlich or-

ganisiert die Zeitschrift ein „Lesertreffen“ mit regelmäßig mehreren hundert Teilnehmern, darunter auch immer wieder hochrangige Funktionäre des Neonazismus.

In der „Zuerst!“ kommen Vertreter des deutschen und europäischen Rechtsextremismus zu Wort, aber auch der Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke gab zwei Interviews. Das Blatt durchziehen rassistische und geschichtsklitternde Artikel. Auf der Tagung in Zeulenroda waren eine Reihe einschlägiger Referenten angekündigt, unter anderem die FPÖ-Politikerin Barbara Rosenkranz.

Diana Skibbe, Abgeordnete der Linksfraktion aus Zeulenroda, hatte sich ebenfalls und ausdrücklich gegen diese Veranstaltung positioniert. Sie hatte den Betreiber des Hotels aufgefordert, „den Vertrag zu stornieren und den Ruf seines Hauses und der Stadt Zeulenroda nicht mit einer bundesweiten Veranstaltung des Rechtsextremismus in Verbindung zu bringen.“ ■



# Kreativität gefragt

Staatssekretär Dr. Klaus Sühl stellt sich vor Ort den Problemen im Ilm-Kreis

**Auf Initiative des Landtagsabgeordneten Frank Kuschel (DIE LINKE) besuchte Staatssekretär Dr. Klaus Sühl aus dem Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft den Ilm-Kreis.**

Auf dem Programm standen der Bahnhof Arnstadt mit dem ungelösten Toilettenproblem, die seit langem geplante Sanierung der Ortsdurchfahrt der L 2149 in Liebenstein und die nichtvorhandene Windschutzanlage an der Brücke der „Zahmen Gera“ auf der A 71. Start war am Bahnhof Arnstadt.

1800 Reisende passieren nach Angaben von Christine Kromke, Leiterin des Bahnhofmanagements in Erfurt, diesen Knotenpunkt täglich. Erst vor zwei Jahren erfolgte die Sanierung mit rund 378.000 Euro. Auf die Errichtung einer Toilettenanlage wurde allerdings verzichtet. Eine rechtliche Verpflichtung für die DB AG gebe es dafür nicht.

Ein Uding für Staatssekretär Dr. Sühl: „Ein so toller Bahnhof ohne Toilette geht überhaupt nicht.“ Es müsse dringend eine Lösung gefunden werden. Vorstellbar sei ein Gemeinschaftsprojekt von Stadt, Land und DB AG. Die Bahn würde eine Fläche zum Bodenrichtwert kostengünstig zur Verfügung stellen. Bei Kosten von 400.000 Euro müsse die Stadt einen Eigenanteil von 60.000 Euro beisteuern, die, so der erste Beigeordnete, Ulrich Böttcher, die Stadt derzeit allerdings nicht hat. Dr. Sühl bringt in diesem Zusammenhang einen möglichen privaten Dritten ins Spiel und fordert Kreativität. „Alle Beteiligten haben ein Interesse, jetzt muss einer das in die Hand nehmen und das muss die Stadt sein“, so der Staatssekretär.

Nächste Station: Liebenstein. Hier wartete bereits der älteste Bürgermeister Thüringens, Albrecht Dürer, ungeduldig auf den Besuch aus Erfurt. Gemeinsam mit Experten aus dem Ministerium wurde der Zeitplan für die bislang auf Eis liegende Sanierung der Ortsdurchfahrt der Landesstraße bera-

ten. Ein Bürger, so berichtet Dürer, hätte ihm gesagt: „Wir haben eine mittelalterliche Burg, dazu gehört dann auch eine mittelalterliche Straße.“ Das beschreibt den Zustand der Straße treffend. Alle Beteiligten sind sich einig, dass diese grundhaft saniert werden muss. Dabei kommt auf die Gemeinde ein Eigenanteil von 500.000 Euro zu, welcher über Fördermittel auf 125.000 Euro gesenkt werden könne.

Seitens des Ministeriums wurde ein Zeitplan auf den Tisch gelegt, welcher das Jahr 2018 für die Sanierung vorsieht. Bis dahin könne die Gemeinde ihren Eigenanteil auch sicherstellen, wurde vom Chef der VG „Oberes Gera-



tal“, Rolf Fleischhauer, bestätigt. Dann sei die Gemeinde wieder kreditwürdig. Staatssekretär Sühl zeigte sich mit dem Ergebnis der Beratung zufrieden und bot weiter seine Unterstützung an.

Den Abschluss bildete der Besuch in Geraberg. Thema hier das leidige Problem der nicht vorhandenen Windschutzanlage an der Brücke der „Zahmen Gera“ auf der A 71, welche bei Sperrung zu schwerwiegenden Problemen insbesondere durch Schwerlastverkehr in Elgersburg wie auch Geraberg führt. Der zuständige Bund lehnt

das Anbringen einer Windschutzanlage seit Jahren ab. Unverständnis herrscht insbesondere, weil auf der wenige hundert Meter entfernt gelegenen Reichentalbrücke eine solche Anlage mit fünf Millionen Euro errichtet wurde.

Im Zuge der Eröffnung der A 71 wurde die damalige Bundesstraße herabgestuft, sodass nunmehr die anliegenden Gemeinden die Kosten für entstandene Schäden durch den Umleitungsverkehr zu tragen haben. Dieses Problem will jetzt das Land angehen. Das zuständige Landesamt sagte zu, dass künftig nach jeder Sperrung der A 71 eine Prüfung von Schäden außerhalb der Fahrinne erfolge und eine Behe-

bung unverzüglich eingeleitet werde. Es werde zudem im Herbst eine Verkehrszählung und -befragung durchgeführt, um möglicherweise den Straßenabschnitt Geraberg-Elgersburg hochzustufen. Der Elgersburger Bürgermeister, Ingolf Schwarze, begrüßte die vorgeschlagenen Schritte, mahnte aber an, weiterhin Druck gegenüber dem Bund hinsichtlich der Errichtung einer Windschutzanlage an der Brücke der „Zahmen Gera“ auszuüben.

Matthias Gärtner

## VON A BIS Z:

### Mindestlohngipfel

Am 5. März fand in der Thüringer Staatskanzlei der sogenannte Mindestlohngipfel statt. Dazu die arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion Ina Leukefeld: „Arbeitszeiten zu dokumentieren, ist eine Mindestvoraussetzung für die tatsächliche Umsetzung des Mindestlohns. So viele Kontrollen wie nötig und nicht wie möglich, darum geht es, wenn das Gesetz nicht umgangen werden soll.“

Beim Gipfel sei Einigkeit vorherrschend gewesen, dass der Mindestlohn lange überfällig war. „Klar herausgestellt wurde, dass Arbeitszeiten zu dokumentieren eine Selbstverständlichkeit sein muss, um den Mindestlohn tatsächlich umzusetzen. Nur wer Mehrarbeit nicht bezahlen will, wehrt sich gegen diese Dokumentationspflicht, denn ansonsten ist sie auch unabhängig vom Mindestlohn notwendig. Auch die Auswirkung des Mindestlohns auf die Lohnentwicklung insgesamt ist richtig und gewollt, schon allein, um in Zukunft Altersarmut zu verhindern.“

Die Abgeordnete teilt die Auffassung des kommunalen Arbeitgeberverbandes, dass der Mindestlohn auch vor Überbietungswettbewerb schützt und bei der Sicherung von Qualität der Arbeit hilft. Die Erklärung, dass Thüringen weg muss vom Image eines Niedriglohlandes hätten alle Teilnehmer übereinstimmend bestätigt. „Die kontroverse Debatte hat gezeigt, dass weitere Aufklärung nötig ist. Im Übrigen würde die Aufhebung von Ausnahmen auch weniger Bürokratie bedeuten.“

## WICHTIGE TERMINE

### Plenarsitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 25. bis 27. März sowie am 29. und 30. April statt.

### Vorankündigung:

Auch in diesem Jahr wird der Thüringer Landtag die Bürgerinnen und Bürger wieder zu einem Tag der offenen Tür in den Landtagskomplex nach Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1, einladen. Er findet statt am Sonnabend, den 13. Juni.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Investitionspaket

„Die neuen Bundesländer und somit auch Thüringen werden beim angekündigten kommunalen Investitionspaket der Bundesregierung benachteiligt. Die Landesregierung erhält unsere volle Unterstützung bei den notwendigen Verhandlungen“, so MdL Frank Kuschel. Es sollen gezielt finanzschwache Kommunen unterstützt werden. Zur Ermittlung der Finanzschwäche werden die Einwohnerzahl, die Höhe der Anteile an Kassenkrediten und die Zahl der Arbeitslosen zugrunde gelegt. Thüringen ist benachteiligt, weil die im Bundesvergleich sehr niedrige Steuerkraft der Kommunen keine Berücksichtigung findet. Im Bundesschnitt beträgt diese ein Drittel, in Thüringen derzeit weniger als 25 Prozent.

## Frauen

In Thüringen lebten im Jahresdurchschnitt 2013 nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik 957 Tausend Frauen und Mädchen im Alter von 15 Jahren und älter. Das waren 51 Prozent der Bevölkerung in diesem Alter. Die Frage nach dem Lebensstyp beantworteten die Frauen folgendermaßen: Die Hälfte der Frauen bestimmten sich als Ehefrauen, zehn Prozent bezeichneten sich als Lebenspartnerinnen, weitere acht Prozent der Frauen waren Alleinerziehende. Allein lebte ein Viertel aller Frauen, sieben Prozent der Befragten gaben an, als Tochter im Elternhaus zu leben. 489 Tausend bzw. 72 Prozent der Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren gingen einer Erwerbstätigkeit nach.

## Pille

Dass ab Mitte März „endlich die ‚Pille danach‘ auch ohne Rezept in den Apotheken erhältlich ist“ (Bundesratsentscheidung vom 6. März) hat die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Karola Stange, ausdrücklich begrüßt. Das Medikament stehe für den Notfall zur Verfügung, wenn eine Verhütungspanne passiert sei oder die Verhütung ganz vergessen worden sei. Es sei aber auch wichtig, um Frauen in Notsituationen, wie nach Vergewaltigung oder ungeschütztem Sex, zu helfen. „Der nächste Schritt wäre eine kostenfreie Verhütung für alle Frauen und Männer als Leistung der Krankenkassen“, forderte die Politikerin und verwies auf Forderungen u.a. von Frauenverbänden.

## KURZ UND PRÄGNANT

### „Totalverweigerung“ zweier Landkreise

„Ja, die Situation ist angespannt. Und ja, die Flüchtlingszahlen sind gestiegen. Aber auf dem Rücken der ankommenden geflüchteten Menschen auszutragen, dass man jahrelang auf Gemeinschaftsunterbringung gebaut und dann Unterbringungskapazitäten abgebaut hat, ist ein Unding“, kritisierte die flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Sabine Berninger, die „Totalverweigerung“ der Landkreise Greiz und Wartburgkreis. Diese wollen vorerst keine Flüchtlinge mehr aufnehmen.

Die LINKE-Abgeordnete erinnert daran, dass sich die politisch Verantwortlichen im Wartburgkreis und im Landkreis Greiz, im Gegensatz zu den meisten anderen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten, lange Jahre mit Händen und Füßen gesträubt hatten, Asylsuchende vermehrt dezentral in Wohnungen unterzubringen.

Noch im September 2014 lag der Wartburgkreis (mit 57,04 Prozent) trotz einer Steigerung im unteren Drittel der Landkreise und kreisfreien Städte, was die Wohnungsunterbringung der Flüchtlinge angeht (Landesdurchschnitt: 60,76 Prozent). Der Landkreis Greiz bildete unter der Ägide der Landrätin Schweinsburg mit 0,42 Prozent das Schlusslicht. ■

### Einrichtung von WLAN-Hotspots unterstützen

„Die Absicht Kommunen und Energieversorger bei der Einrichtung von WLAN-Hotspots zu unterstützen, ist ein längst überfälliger Schritt in die richtige Richtung“, so MdL Katharina König zu Ankündigungen von Thüringens Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee. „Deutschland hinkt bei der Zahl der für die öffentliche Nutzung zugänglichen WLAN-Hotspots weltweit hinterher. Diesen Mischstand, der sich gerade für den Tourismus zunehmend negativ auswirkt, gilt es zu beseitigen. Neben dem Breitbandausbau ist das mobile Internet sicher die größte Herausforderung für die Infrastruktur in Deutschland.“

Beides muss gemeinsam angegangen und in Verbindung gedacht werden. Denn auch das WLAN an der etwas abseits gelegene Sehenswürdigkeit braucht eine schnelle Internetverbindung, um wirklich nützlich zu sein“, machte die Abgeordnete auf die Zusammenhänge aufmerksam, die für das ländlich geprägte Thüringen mit seinem naturnahen Tourismus eine Herausforderung darstellen. ■

# Verbot von Funktionszulagen aus Fraktionsgeldern

**Gesetz über das Verbot von Funktionszulagen aus Fraktionsgeldern, so der Titel des Gesetzentwurfs der Koalitionsfraktion aus LINKE, SPD und B90/Die Grünen, den der Thüringer Landtag in erster Beratung am 25.2. diskutiert hat. Zur Begründung hatte André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion, u.a. erklärt: „Es gibt seit dem Juli 2000 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Thüringer Abgeordnetengesetz mit dem klaren Verbot von finanziellen Hierarchien unter Abgeordneten, das in Thüringen endlich wirksam und entsprechend dieser Rechtsprechung umgesetzt werden muss.“**

Dazu hatte der LINKE-Politiker weiter betont: „Dabei ist zu beachten, dass das Gericht keinen Unterschied trifft. Die Bildung finanzieller Hierarchien ist generell verboten, egal aus welcher Finanzquelle das Geld stammt und wie die Rechtsgrundlage aussieht, weil dies eine Verletzung des freien und gleichen Mandates ist. Nur für Präsidenten und Vizepräsidenten von Parlamenten sowie Fraktionsvorsitzende lässt das Bundesverfassungsgericht streng begründet und enge Ausnahmen zu und nur auf direkter gesetzlicher Grundlage, nicht aber über eine Hintertür durch Fraktionshaushalte.“

**„Anderes ist den normalen Menschen in Thüringen nicht vermittelbar“**

André Blechschmidt weiter: „Der Thüringer Verfassungsgerichtshof schloss sich im Urteil 2003, basierend auf einer Klage von den Fraktionen SPD und PDS, der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts an und ließ die Zahlung steuerfreier Aufwandsentschädigung nur für Ausschussvorsitzende und Parlamentarische Geschäftsführer und insoweit nur für den tatsächlichen Funktionsmehraufwand – und wer sich noch erinnern kann, es war fast wie auf einem orientalischen Basar damals im Verfassungsgerichtshof, wo die entsprechenden Summen festgelegt worden sind –, also nicht die Tätigkeitsvergütung zu.“

Mehr als 14 Jahre nach dem Verfassungsgerichtsurteil und mehr als elf Jahre nach der zweiten verfassungsgerichtlichen Entscheidung sowie der mittlerweile durch den Landesrechnungshof vorgenommenen Bewertung ist es längst überfällig, das ausdrückliche Verbot von Funktionsvergütungen aus Fraktionskassen im Abgeordnetengesetz festzuschreiben.“

**Später in der Debatte ergriff für die Linksfraktion der Abgeordnete Knut Korschewsky das Wort. Im Folgenden Auszüge aus seiner Rede:**

„Die CDU-Fraktion hat angekündigt bzw. hat es mittlerweile vollzogen, diese Zahlungspraxis einzustellen, will aber trotzdem offensichtlich nicht die für das Verbot sprechende Rechtsargumentati-

on akzeptieren. Da muss ich schon sagen, ist es für mich doch verhältnismäßig schwierig, dieses nachzuvollziehen. In einem Gutachten, das die CDU-Fraktion abgeliefert hat, wird die These aufgestellt, dass diese Zahlungspraxis von der Parlamentsautonomie, das heißt dem Selbstorganisationsrecht der Fraktionen, gedeckt sei. Dem ist klar zu widersprechen, denn auch und gerade das Selbstorganisationsrecht der Fraktionen hat sich an verfassungsrechtliche Vorgaben zu halten. (...)

Es gibt aber auch noch ein ganz einfaches Argument der praktischen Gerechtigkeit: Auch Abgeordnete ohne formale Funktion haben arbeitsintensive Aufgabenbereiche auch mit vielen Außenterminen, mit vielen zusätzlichen Aufgaben, die sich ergeben, und die zum Beispiel unter anderem teilweise einen großen Fahraufwand bedeuten. Es ist daher auch aus diesem Gesichtspunkt der

derung nach Abschluss der Prüfarbeit und eindeutiger Positionierung durch den Thüringer Rechnungshof, denn im präsidialen Amt des Landtags – und das sage ich ganz deutlich – muss das Parteibuch der Amtsinhaberin bzw. des Amtsinhabers völlig ohne Bedeutung und Einfluss bleiben, zumal, wenn es um die Einhaltung von grundlegenden Verfassungsprinzipien der Abgeordnetenparlamentsarbeit geht. Ich kann diese Pressemitteilung des Präsidenten von gestern nicht nachvollziehen, dass es hier keinerlei Rückforderungsansprüche geben soll.

Zum Schluss noch ein kurzer Blick auf die in den Medien widergespiegelte Verjährungsdebatte. Ein langjähriger Verfassungsbruch, bei dem es um zigtausende von Euro geht, soll sozusagen nach drei Jahren vergeben und vergessen sein, obwohl die Handelnden die Urteile von den Tagen ihrer Verkündung an



praktischen Gerechtigkeit völlig unangebracht, nach der bei genauem Hinsehen unbrauchbaren Unterscheidung von formalen Funktionsträgern und nur einfachen Abgeordneten eine finanzielle Differenzierung unter den Abgeordneten vorzunehmen.

An dieser Stelle noch ein durchaus kritischer Blick auf den Rechnungshof, dem die Prüfung der Fraktionen vorbehalten ist. Mit Blick darauf, dass die beiden entscheidenden Verfassungsgerichtsurteile aus Karlsruhe und Weimar schon so lange auf dem Tisch liegen, hat es aus unserer Sicht sehr lange, viel zu lange gedauert, bis nun endlich die eindeutige Einschätzung unter Beachtung dieser Rechtsprechung vom Thüringer Rechnungshof ausdrücklich getroffen worden ist.

Nach Auffassung der Linke-Fraktion hätte dieses wesentlich schneller gehen müssen, denn auch der Rechnungshof ist verpflichtet, jederzeit für die Einhaltung verfassungsrechtlicher Verpflichtungen zu sorgen. Auch von der Landtagsspitze hätte hier nach Ansicht der Linke-Fraktion schon viel länger eine viel deutlichere Initiative kommen müssen, auch in Richtung einer klaren For-

kannten und um ihr verfassungswidriges Verhalten wussten. Seit dem Jahr 2000, spätestens seit dem Jahr 2003, hätte jeder, der es wissen will, es wissen können und auch danach handeln können. Dem kann so nicht sein und ist auch nicht so. Wer nicht gutgläubig ist, und das ist hier so, bleibt in der Pflicht. Hinzu kommt, dass Fraktionen als Teil des Verfassungsorgans Landtag zu jeder Zeit zu verfassungsgemäßem Handeln verpflichtet sind und – falls Fehler passieren – verpflichtet sind zu jederzeitiger Korrektur, denn eine Verfassung verjährt nun einmal tatsächlich und wirklich nicht.

Anderes ist den normalen Menschen in Thüringen – und hier sage ich auch, zum Beispiel Hartz-IV-Betroffenen – zu Recht überhaupt nicht vermittelbar, denn jeder Ottonormalmensch muss zu Unrecht Erlangtes zurückerstatten, wenn er weiß, dass es ihm nicht zusteht. Für Fraktionen und Abgeordnete darf hier nichts anderes gelten, meine sehr geehrten Damen und Herren, und wir verlangen die Rückzahlung der zu Unrecht gezahlten Gelder von der CDU-Fraktion und von der FDP-Fraktion.“ ■



## DAS THEMA

# NSU-Untersuchungsausschuss soll Aufklärung vorantreiben

Aus der Landtagsdebatte zum gemeinsamen Antrag von Koalition und CDU-Fraktion

Der Thüringer Landtag hat auf Antrag der Fraktionen LINKE, SPD, B90/Grüne und CDU in seiner Sitzung am 27. Februar die Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses beschlossen. Gegenstand: „Fortsetzung der Aufarbeitung der dem 'Nationalsozialistischen Untergrund' (NSU) sowie der mit ihm kooperierenden Netzwerke zuzuordnenden Straftaten unter Berücksichtigung der Verantwortung der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden, der zuständigen Ministerien sowie deren politischer Leitung bei der erfolglosen Fahndung nach den untergetauchten Mitgliedern des NSU.“

In der Plenardebatte nannte es die Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, Katharina König (s. Foto), ein wichtiges Signal, dass der Landtag über parteipolitische Grenzen hinweg agiere, denn die gemeinsame Aufklärungsarbeit müsse in mehreren Komplexen dringend fortgeführt werden. Das betreffe u.a. das mittlerweile bestätigte Netzwerk des NSU. „Das BKA spricht von mehr als 200 NSU-Unterstützern, unter denen sich 42 V-Leute diverser Verfassungsschutzbehörden befinden.“

Die LINKE-Abgeordnete weiter: „Hinzu kommt der Komplex 'Organisierte Kriminalität'. Die Verwicklungen Thüringer Neonazis mit dem Bereich der Organisierten Kriminalität sind nicht nur hoch, sondern sie sind besorgniserregend, wenn man sich die 90er-Jahre und die 2000er-Jahre anschaut, wenn man sich anschaut, über wen die Waffe des NSU, mit dem der NSU die Morde begangen hat, gekommen ist, nämlich über Organisierte Kriminalität, über Strukturen, die aus Thüringen stammen und die Verbindung zum Neonazispektrum haben. Wir haben viele offene Fragen, wir haben auch die

Fragen in Bezug auf Widersprüche, die im Prozess öffentlich geworden sind und die dem, was wir hier in Thüringen herausarbeiten konnten, komplett widersprechen.

Wir wollen versuchen – und da setze ich auf eine hoffentlich ähnlich gute Zusammenarbeit im kommenden Thüringer Untersuchungsausschuss wie in der letzten Legislatur – so weit wie es in unseren Händen liegt, das Ganze aufzuklären und gemeinsam daran zu gehen, die Fragen zu beantworten: Wer

Archiv-Foto: Die LINKE-Abgeordnete Katharina König auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Abschlussberichts des NSU-Untersuchungsausschusses in der vergangenen Legislatur des Landtags (21.8.2014).



steckt hinter dem NSU? Wer ist über das bereits bekannte Trio hinaus in dem Netzwerk zu verorten? Welchen Anteil haben Sicherheitsbehörden an dem, was passiert ist bereits im Entstehen des NSU? Welche Kenntnisse hatten sie über die Morde? Welche Kenntnisse hatten sie über die drei im Untergrund?

Wir wollen versuchen, die quälende Frage der Opferangehörigen: Warum wurde ihr Bruder, ihr Vater, ihr Sohn ermordet?, die quälende Frage der Opferangehörigen von Michèle Kiesewetter: Warum wurde ihre Tochter ermor-

det?, zumindest soweit es in unseren Möglichkeiten steht zu beantworten.“

In dieser Plenardiskussion ergriff auch Ministerpräsident Bodo Ramelow das Wort. Er unterstrich, dass es eine Verabredung des Parlaments war im Interesse der Familien, die von Thüringer Tätern zu Tode gebracht wurden die Arbeit weiterzuführen mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss. „Wir haben diese Diskussion bei uns in der Fraktion vorher geführt. Wir haben sogar darüber diskutiert, ob

Fristen sogar einhellig die Geschäftsordnung des Landtags geändert“, so Bodo Ramelow in der Debatte.

Der Ministerpräsident hatte in seiner Rede auf eine ganze Reihe von Fragen hingewiesen, die einer gründlichen dringenden Aufklärung bedürfen und abschließend erklärt: „Das sind die Fragen, die, glaube ich, alle, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, immer wieder umgetrieben haben, und auch dazu gibt es aktuell wieder neue Erkenntnisse.“

Deswegen, so Bodo Ramelow weiter, war er „einverstanden, dass das Parlament selbst für sich sagt, wir wollen den Untersuchungsausschuss als gemeinsame Ebene, gemeinsame Plattform, auch die Administration abzufragen, die Erkenntnisse einzubeziehen und damit deutlich zu machen: Dieser NSU-Terror ist aus Thüringen gekommen. Kein einziges der Opfer war in Thüringen und unsere Arbeit als Parlamentarier und als Regierung muss es sein, den Angehörigen Erhellung darüber zu geben, wie es zu all diesen Mordtaten kommen konnte.“

Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, erklärte nach dem Landtagsbeschluss: „Es ist ein Novum, dass ein Parlament bereits einen zweiten NSU-Untersuchungsausschuss einsetzt, aber angesichts der Verantwortung, die Thüringen trägt, folgerichtig und notwendig. Schließlich ist der NSU aus Thüringer Neonazi-Strukturen heraus entstanden. Das sind wir nicht zuletzt den Angehörigen der Opfer schuldig.“

Die Landespolitikerin kündigte an, die Linksfraktion werde sich dafür einsetzen, dass bereits im März die Konstituierung des Ausschusses stattfindet.

## Hessische Zeugen haben NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag belogen

„Das hessische Innenministerium hat den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zum NSU im Bundestag und in Thüringen entscheidende Beweismaterialien vorenthalten“, kritisierten Petra Pau (ehemalige Linksfractions-Obfrau im NSU-Bundestagsuntersuchungsausschuss) sowie Katharina König und Martina Renner (ehemalige Obfrauen im NSU-Untersuchungsausschuss im Thüringer Landtag). „Die Beweisanträge, die die Nebenklagevertreter der Familie des am 6. April 2006 in Kassel vom NSU ermordeten Halit Yozgat auf der Grundlage von Tonbandmitschnitten von Gesprächen zwischen dem Geheimschutzbeauftragten des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) und Andreas T., einem V-Mann-Führer des hessischen Verfassungsschutzes, der sich zum Tatzeitpunkt im Internetcafe von Halit Yozgat aufgehalten hatte, vor dem OLG München gestellt haben, machen

deutlich, dass das LfV Hessen und das hessische Innenministerium die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden in weit größerem Umfang behindert haben, als bislang bekannt.“

Petra Pau: „Angesichts der nun vorliegenden Abschriften der Telefonüberwachungsmaßnahmen bei Andreas T. muss davon ausgegangen werden, dass uns mindestens drei Zeugen im Bundestagsuntersuchungsausschuss belogen haben – der jetzige hessische Ministerpräsident Bouffier, der ehemalige hessische Verfassungsschutzpräsident Lutz Irrgang und Andreas T.“ Sie warf dem hessischen Innenministerium zudem vor, dass es Informationen über enge Verbindungen zwischen Neonazis aus Hessen und dem Thüringer Unterstützernetzwerk des mutmaßlichen NSU-Kerntrios dem Bundestagsuntersuchungsausschuss nicht zur Verfügung gestellt hatte. Katharina König ergänzte: „Wir wissen, dass es eine enge Verbindung zwischen der hessi-

wir, wenn sich die Regierung ändert, uns dann anders verhalten würden. Am Ende haben wir deutlich gesagt: Wir erhalten uns so, wie wir uns auch vorher als Opposition gegenüber der Regierung verhalten haben. Wir haben nicht die Regierung beauftragt, die Dinge anzugehen. Wir haben sogar gemeinsam – Regierung und Opposition – die Regeln des Landtags geändert, damit der Innenausschuss und der Justizausschuss zusammen tagen können, wenn es zum Thema NSU neue Erkenntnisse gibt. Wir haben gemeinsam ohne Einhaltung von irgendwelchen



schen und der thüringischen Neonaziszene beispielsweise der beiden Blood&Honour Sektionen gegeben hat. Wir gehen davon aus, dass auch der von Andreas T. geführte V-Mann Benjamin G. Kontakte zu Thüringer Neonazis hatte.“ Die drei Parlamentarierinnen kritisierten zudem „die mangelnde Sorgfalt von Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt“ im Mordfall Halit

Yozgat: „Spätestens nach dem 4.11.2011 – der Selbstenttarnung des NSU – hätten der Generalbundesanwalt und das BKA eine gründliche Auswertung der gesamten Kommunikationsüberwachung von Andreas T. vornehmen müssen“, so Martina Renner. Der Generalbundesanwalt und das BKA müssten jetzt erklären, warum sie diesen naheliegenden Schritt nicht unternommen hätten und das Versäumte schleunigst nachholen.

„Wir haben große Sorge, dass die Regierungsfractionen im hessischen NSU-Untersuchungsausschuss eine umfassende Aufklärung zur Rolle des hessischen Verfassungsschutzes im NSU-Komplex gemeinsam mit der hessischen Landesregierung blockieren“, warnten die drei Parlamentarierinnen. „Damit tritt die schwarz-grüne Landesregierung das Aufklärungsversprechen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Füßen.“

# Leuchtturmprojekt

Ambitioniertes Vorhaben „Solare Kühlung“ mit europäischer Dimension

Dieses spezielle Energiewende- und Arbeitsprojekt könnte weit über Thüringen hinaus sogar europäische Bedeutung erlangen, davon waren die Teilnehmer des Vernetzungsgesprächs, zu dem die Südhüringer Abgeordnete Ina Leukefeld am 3. März in den Landtag eingeladen hatte, überzeugt.

Die LINKE-Politikerin hatte in ihrem Wahlkreis vom „green chiller“, dem Verband für Sorptionskälte e.V. erfahren, dem es um die Förderung und Entwicklung des deutschen bzw. europäischen Marktes für solares und thermisches Kühlen geht. Der Vorstandsvorsitzende Roland Weidner ist zugleich Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung Südthüringen, ein engagierter und umtriebiger Mann. Er will mit dem Leuchtturmprojekt „Solare Kühlung“ und in Verbindung mit dem deutsch-griechischen Netzwerk „Regionen, Städte, Menschen“ nicht nur für Klein- und Mittelständler interessante Perspektiven aufzeigen, im Rahmen eines Bundesprojektes und mit Hilfe der EU könnten im Berufsbildungs- und Technologiezentrum Rohr-Kloster u. a. auch junge Griechen Ausbildung und Zukunft erhalten. Ein Ergänzungsstudien-gang an der Fachhochschule Schmalkalden wäre ebenfalls denkbar.



Es herrschte Einigkeit in der Runde mit Roland Weidner, den beiden LINKE-Abgeordneten Ina Leukefeld und Steffen Harzer (Energiepolitiker), Manfred Tietze vom Bildungszentrum Rohr sowie Prof. Dieter Sell, Leiter der ThEGA, der Thüringer Energie- und Green Tech-Agentur, dass sich Thüringen mit seiner rot-rot-grünen Landesregierung für dieses ambitionierte Projekt den Hut aufsetzen sollte und ganz sicher wird.

Am Gespräch teilgenommen hatte auch Ingeborg Giewald, die Koordinatorin von Cuba si Thüringen, die sich für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Thüringer Firmen mit Kuba in

Punkto Solarkühlung durchaus positive Effekte vorstellen kann. Roland Weidner hatte jedenfalls schonmal ein Aktionsprogramm mitgebracht, jetzt sollen Nägel mit Köpfen gemacht und wichtige Protagonisten zusammengeführt werden. Am Rande des Marktfestes in Hildburghausen am 3. Mai könnte es zu einem Spitzentreffen mit dem Ministerpräsidenten, einer griechischen Politikerin und der Europaabgeordneten Gabi Zimmer kommen, so Steffen Harzer. „Jetzt geht es darum, Nägel mit Köpfen zu machen“, betonte Ina Leukefeld. Mit konkreten Aufgaben und optimistisch ging man auseinander.

A. Rudolph

## Neonazis planen braunen Erlebnisfrühling in Thüringen

„Die Neonazi-Szene veranstaltet einen braunen Erlebnisfrühling in Thüringen“, sagte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion. So soll am 4. April in Kirchheim ein Rechtsrockkonzert stattfinden, das von dem bekannten Neonazi-Musiker Thomas Wagner, einem der Haupttäter des Überfalls auf die Ballstädter Kirchengesellschaft, mitorganisiert wird. Für den 18. April mobilisieren neonazistische Kameradschaften in Gotha zu einer Demonstration gegen eine vermeintliche „Überfremdung“. Am 1. Mai finden in Thüringen zwei Großveranstaltungen der Neonazi-Szene im mittel- und ostdeutschen Raum statt. Die Thüringer NPD mobilisiert in Erfurt zu einem Aufmarsch gegen die rot-rot-grüne Landesregierung und wirbt mit verurteilten Volksverhetzern und Partei-Funktionären.

Die konkurrierende Neonazi-Partei „Der 3. Weg“ veranstaltet zeitgleich in Saalfeld einen Aufmarsch. Unter dem Deckmantel des Parteienschutzes sammeln sich hier gewaltbereite Neonazi-Kameradschaften, deren Alternativmodell zur NPD bei Teilen der Thüringer Neonazi-Szene Anklang fand. Nur eine Woche nach dem 1. Mai planen Neonazis aus dem „Sügida“-Organisationsteam, einen neuen Testballon zu starten. Im Zuge der fremdenfeindlichen Stimmungsmache ist nun aus dem Kreis der Neonazi-Gruppe „Bündnis-Zukunft-Hildburghausen“ ein Brückenschlag zum Fußball-Fan-Spektrum

geplant. So soll am 9. Mai in Hildburghausen eine erste „Fegida“-Versammlung stattfinden, ausgeschrieben „Fußballfans Europas gegen die Islamisierung des Abendlandes“.

### Zivilgesellschaft stärken, Proteste unterstützen

Damit nicht genug: Am 23. Mai soll in Hildburghausen ein weiteres Neonazi-Großkonzert stattfinden, welches als Fortsetzung einer Rechtsrock-Veranstaltung in Bayern beworben wird, zu der vor anderthalb Jahren 1.000 Neonazis anreisten. Auch hier handelt es sich beim Veranstalterkreis um die „Sügida“-Organisatoren um Tommy Frenck, welcher in der von ihm kürzlich erworbenen Immobilie in Klosterveßra weitere Veranstaltungen ankündigte.

Das Event in Hildburghausen wird in Neonazi-Kreisen derzeit als „Soli-Konzert“ beworben, es sollen Gelder für einen Neonazi-TV-Sender im Internet gesammelt werden, dem die Bayerische Landeszentrale für neue Medien im September 2014 weitere Sendungen unter Androhung von Geldstrafen untersagte. Der Macher des Formats war im Dezember 2014 bereits wegen eines Hitlergrußes während der Sendung verurteilt worden, heute moderiert er in Suhl die „Sügida“-Demonstrationen und betreibt in Oberhof einen rechten Versandhandel.

„Die Vielzahl von neonazistischen Aktivitäten stellt nicht nur die Thürin-

ger Polizei, sondern auch die Zivilgesellschaft vor Herausforderungen. Es wird deutlich, dass eine Ausrichtung des bisherigen Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gegen Rechtsextremismus und die damit einhergehende Mitterhöhung, wie im Koalitionsvertrag bereits vereinbart, nicht nur geboten, sondern auch erforderlich ist, um das zivilgesellschaftliche Engagement gegen fremdenfeindliches und neonazistisches Gedankengut sowie die Beratungsstellen zu stärken“, betonte Katharina König und verwies darauf, dass die Linksfraktion mit Protesten gegen Neonazi-Veranstaltungen solidarisch ist und zur Unterstützung aufruft.

## Gegen diejenigen, die Ängste schüren

Der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow bekräftigte am 8. März die Pläne der Landesregierung zur Einrichtung einer neuen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Gera-Liebschwitz und forderte einen parteiübergreifenden Konsens zur Bewältigung der flüchtlingspolitischen Herausforderungen in Thüringen. Er erklärte: „Dieter Lauinger handelt als Migrationsminister im Namen der gesamten Landesregierung. Wir stehen zu unseren humanitären Verpflichtungen. Humanität nach Kassenlage ist mit uns nicht zu machen. Die steigenden Flüchtlingszahlen erfordern vom Land schnelles und entschlossenes Handeln. Wir favorisieren den Standort Gera-Liebschwitz für eine neue Außenstelle der Erstaufnahmestelle Eisenberg, um kurzfristig bis zu 500 Erstaufnahmepplätze zu schaffen, die wir dringend brauchen. Wir haben den Standort ausgewählt, weil er von den kurzfristig verfügbaren derjenige mit den besten Voraussetzungen ist. Die Landesregierung sucht den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Wir wollen mit denjenigen reden, die Ängste haben, um denjenigen das Wasser abzugraben, die Ängste schüren. Für eine weitere dauerhafte Erstaufnahmestelle prüfen wir intensiv den Standort Rudolstadt.“

Die Flüchtlingspolitik darf nicht zum Gegenstand parteipolitischer Streitereien werden. Der von der Landesregierung beschlossene Winterabschiebestopp war ein humanitärer Akt. Die Auswirkungen auf die Zahl der in Thüringen unterzubringenden Flüchtlinge war gering und nicht ursächlich für unsere Entscheidungen. Wer die Lage in der Welt realistisch betrachtet, muss sich der Prognose anschließen, dass die Zahl der Flüchtlinge kurzfristig weiter steigen wird. Ich wünsche mir, dass wir die anstehenden Herausforderungen im breiten Konsens der demokratischen Parteien, in enger Kooperation mit der kommunalen Familie und im stetigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern angehen und bestehen.“

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.